

R1-V-22 Für eine Berliner Polizeistudie!

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Anträge

1 In den letzten Monaten und Jahren mehren sich die Berichte über rechtsextreme und
2 rassistische Chatgruppen sowie rechte Netzwerke bei der Polizei: Im Zusammenhang mit dem
3 sog. Nordkreuz-Komplex besteht u.a. der Verdacht, dass ein Polizist Munitionsbestände der
4 Polizei entwendet hat. Ein sog. NSU 2.0 bedroht Menschen und es gibt Hinweise darauf, dass
5 die dafür genutzten Daten aus polizeilichen Datenverarbeitungssystem stammen. Die bislang
6 bekannt gewordenen Vorfälle sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Fortlaufend werden
7 neue Verdachtsfälle bekannt. Allein Berlin hat im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 31. März
8 2020 in insgesamt 53 Fällen (Verwaltungs-)Ermittlungen wegen entsprechender Vorwürfe gegen
9 Mitarbeitende in den Sicherheitsbehörden geführt. Wer noch immer von Einzelfällen spricht,
10 will die Hinweise auf ein strukturelles Problem nicht erkennen.

11 Dabei ist klar: Jede auf Rassismus oder Diskriminierung zurückzuführende polizeiliche
12 Maßnahme und jede*r Mitarbeitende mit rassistischer, rechtsextremer oder antisemitischer
13 Einstellung in den Sicherheitsbehörden stellt eine Bedrohung für Rechtsstaat und Demokratie
14 dar und führt zu einem enormen Vertrauensverlust. Dabei ist das Vertrauen der Bürger*innen
15 in die Polizei die Grundvoraussetzung für deren erfolgreiche Arbeit.

16 Die bekannt gewordenen Sachverhalte lassen jedoch keinen belastbaren Rückschluss zu, wie
17 weit rassistische, antisemitische und rechtsextreme Überzeugungen in den Sicherheitsbehörden
18 tatsächlich verbreitet sind. In einer solchen Situation helfen weder das Zurückweisen
19 jeglicher Kritik an den Sicherheitsbehörden noch undifferenzierte Anschuldigungen. Vielmehr
20 ist zunächst eine solide Datengrundlage durch eine wissenschaftlich unabhängige Analyse zu
21 ermitteln. Erst auf einer solchen Grundlage können evidenzbasierte Einschätzungen und
22 Lösungsstrategien entwickelt werden. Damit werden auch all die Mitarbeitenden der
23 Sicherheitsbehörden gestärkt, die fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen
24 Grundordnung stehen und sich täglich bemühen, jede Form von Diskriminierung zu verhindern
25 und zu beseitigen und damit helfen, eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu
26 fördern. Gleichzeitig wird damit die politische Debatte versachlicht.

27 Daher fordern wir:

- 28 • Eine von unabhängigen Forschenden konzipierte und durchgeführte eigenständige Studie
29 zu strukturellem Rassismus, rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen
30 Einstellungen und Racial-Profiling in den Berliner Sicherheitsbehörden.
- 31 • Die Untersuchung der Fehlerkultur in den Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit
32 rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen und die Analyse
33 existierender Schutzmechanismen gegen die Verbreitung dieser Einstellungen sowie die
34 Vorlage von Verbesserungsvorschlägen.
- 35 • Die Einbeziehung der Perspektiven von Berliner*innen, die potenziell von Rassismus
36 betroffen sind z.B. durch die Zusammenarbeit mit Berliner Organisationen von BPoC's

- 37 und jüdischen Mitbürger*innen, die selbst Erfahrung und Sachverstand einbringen
38 können.
- 39 • Das ins-Benehmen-setzen mit den übrigen Ländern, um im Idealfall ein
40 länderübergreifendes Forschungsprojekt zu ermöglichen.
 - 41 • Die Orientierung der Berliner Innenpolitik an den Erkenntnissen der Studie.
 - 42 • Die regelmäßige Wiederholung der Studie, um die Entwicklungen in den
43 Sicherheitsbehörden und die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen evaluieren zu
44 können.